Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2025/2145(DEC)

6.2.2026

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Haushaltskontrollausschuss

zu der Entlastung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2024, Einzelplan III – Kommission und Exekutivagenturen sowie neunter, zehnter und elfter Europäischer Entwicklungsfonds
(2025/2145(DEC))

Verfasserin der Stellungnahme: Romana Tomc

PA_NonLegDec

STELLUNGNAHME

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, Folgendes in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

– unter Hinweis auf den Jahresbericht des Rechnungshofs über die Ausführung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 zusammen mit den Antworten der Organe und die Sonderberichte des Rechnungshofs,

1. begrüßt das uneingeschränkte Prüfungsurteil des Europäischen Rechnungshofs, demzufolge der konsolidierte Jahresabschluss 2024 der EU in allen wesentlichen Punkten ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Finanzlage der Union zum Jahresende vermittelt;

2. stellt fest, dass sich die noch abzuwickelnden Mittelbindungen Ende 2024 auf insgesamt 507,4 Mrd. EUR beliefen, einschließlich NextGenerationEU (NGEU), was einem Rückgang gegenüber dem Rekordhoch von 543 Mrd. EUR im Jahr 2023 entspricht, und stellt fest, dass dieser Betrag um 33,5 Mrd. EUR über der Schätzung der Kommission vom Juni 2024 liegt;

3. stellt fest, dass die vom Rechnungshof geschätzte Fehlerquote für die MFR-Rubrik 2 „Zusammenhalt, Resilienz und Werte“ von 9,3 % im Jahr 2023 auf 5,7 % im Jahr 2024 gesunken ist, aber immer noch über der Wesentlichkeitsschwelle von 2 % liegt, was dazu geführt hat, dass der Rechnungshof ein versagtes Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsausgaben abgegeben hat; stellt fest, dass die Ausgaben in dieser Rubrik aufgrund ihres erstattungsbasierten Charakters und der komplexen Vorschriften nach wie vor mit einem hohen Risiko behaftet sind und dass die wichtigsten quantifizierten Fehler nicht förderfähige Kosten und Projekte, Unregelmäßigkeiten bei den Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge und das Fehlen wesentlicher Belege waren; fordert, dass die Anstrengungen zur Senkung der Fehlerquote insbesondere für den neuen Finanzierungszeitraum verstärkt werden, und nimmt die Bemerkung des Rechnungshofs zur Kenntnis, dass sich die Komplexität bei der Auszahlung der Mittel auf das Fehlerrisiko auswirkt;

4. bedauert zutiefst, dass gemäß der Prognose der Kommission im Zeitraum 2025-2027 Mittelbindungen für kohäsionspolitische Fonds in Höhe von 2,7 Mrd. EUR aufgehoben werden, was fast siebenmal höher ist als im Jahr 2022 prognostiziert; nimmt besorgt zur Kenntnis, dass die Ausschöpfungsquote für diese Fonds zusammengenommen Ende 2024 nur 5 % betrug gegenüber 14 % zum entsprechenden Zeitpunkt des vorherigen MFR[1]; bekräftigt, dass dies auf eine anhaltend geringe Mittelausschöpfung zurückzuführen ist, und fordert die Mitgliedstaaten daher auf, eine schnellere Ausführung dieser Mittel sicherzustellen; betont, dass die Kommission ermitteln sollte, auf welche Art und Weise die Mitgliedstaaten dabei unterstützt werden können, EU-Mittel – insbesondere Fonds mit geteilter Mittelverwaltung im Rahmen der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen – schneller in Anspruch zu nehmen, um die Mittelausschöpfung unter Wahrung der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung zu

[1] Kurzinformation zur Prüfung der EU 2024, Europäischer Rechnungshof.

verbessern; nimmt in diesem Zusammenhang die kürzlich angenommenen Legislativvorschläge zu den Verordnungen über die Fonds der Kohäsionspolitik für den Programmplanungszeitraum 2021-2027[2] zur Kenntnis, mit denen das Risiko einer Aufhebung der Bindung dieser Mittel verringert werden könnte;

5. weist erneut darauf hin, dass die Ausgaben in der Teilrubrik 2a „Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt“ darauf ausgerichtet sind, die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen der EU zu verringern; betont, dass der Kohäsionspolitik der EU eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte sowie dem dazugehörigen Aktionsplan und der Kernziele zukommt; betont, dass die Kohäsionspolitik der EU einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungs-, Sozial-, Bildungs- und Kompetenzpolitik der EU leistet, unter anderem durch Strukturreformen in diesen Bereichen;

6. weist erneut darauf hin, dass der ESF+ ein wichtiges Instrument ist, mit dem für eine hohe Beschäftigungsquote, einen fairen Sozialschutz, qualifizierte und resiliente Arbeitskräfte und eine von Inklusion geprägte Gesellschaft als Schlüssel zur Beseitigung der Armut gesorgt werden sollen; stellt fest, dass sich die Inflation trotz der rückläufigen Tendenz weiterhin auf den Haushaltsplan der Union für 2024 ausgewirkt hat, wodurch die Kosten gestiegen sind und der tatsächliche Wert der Mittel und die Wirksamkeit des ESF+ ausgehöhlt wurden; betont, dass die derzeitigen Haushaltsmittel für den ESF+ in jedem Fall nicht ausreichen, um die Ziele des Aktionsplans zur Europäischen Säule sozialer Rechte für 2030 zu erreichen; betont, dass die EU sowie die nationalen und regionalen Institutionen den ESF+ mit Blick auf die Verwirklichung seiner Ziele und Vorgaben in den kommenden Jahren kontinuierlich finanziell und politisch unterstützen müssen; erachtet es als sehr wichtig, vor Ort tätige Organisationen der Zivilgesellschaft und Sozialpartner in die Umsetzung der aus dem ESF+ finanzierten Tätigkeiten einzubeziehen; fordert die Kommission auf, die Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen zu internalisieren, um für gute Arbeitsbedingungen und stabile Beschäftigungsverhältnisse zu sorgen;

7. begrüßt, dass die Kommission im Einklang mit ihren verbindlichen Zusagen und im Anschluss an die wiederholten Forderungen des Parlaments eine Pilotmethode zur Verfolgung und Messung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Gleichstellung der Geschlechter auf Programmebene im MFR 2021-2027 entwickelt hat, um die durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter im Haushaltsverfahren der Kommission zu verbessern und die Politikgestaltung und die Mittelzuweisung im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern;

8. fordert die Kommission auf, alle noch nicht umgesetzten Empfehlungen des Rechnungshofs schnellstmöglich umzusetzen;

9. weist erneut darauf hin, dass die Verwendung von EU-Mitteln unbedingt überwacht werden muss, damit der Schutz der finanziellen Interessen der EU sichergestellt ist; fordert die Kommission auf, die verfügbaren Instrumente voll auszuschöpfen, um der eindeutigen Gefahr eines schwerwiegenden Verstoßes gegen die Werte der EU und die Rechtsstaatlichkeit zu begegnen; weist in diesem Zusammenhang auf die der Halbzeitüberprüfung der Kohäsionspolitik beigefügte Erklärung der Kommission zu

[2] COM(2025)0123 und COM(2025)0164.

diesem Thema hin;

ANLAGE: ERKLÄRUNG ZU BEITRÄGEN

Die Verfasserin der Stellungnahme erklärt unter ihrer ausschließlichen Verantwortung, dass sie in ihre Stellungnahme keine Beiträge von Interessenvertretern, die in den Anwendungsbereich der Interinstitutionellen Vereinbarung über ein verbindliches Transparenz-Register[1] fallen, oder von Vertretern von Behörden von Drittländern, einschließlich ihrer diplomatischen Vertretungen und Botschaften, aufgenommen hat, die gemäß Anlage I Artikel 8 der Geschäftsordnung in dieser Anlage aufgeführt werden müssen.

[1] Interinstitutionelle Vereinbarung vom 20. Mai 2021 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über ein verbindliches Transparenz-Register (ABl. L 207 vom 11.6.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2021/611/oj).

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	28.1.2026
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 36 –: 6 0: 5

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

36	+
NI	Branislav Ondruš
PPE	Pascal Arimont, Andrzej Buła, David Casa, Henrik Dahl, Sérgio Humberto, Martine Kemp, Miriam Lexmann, Jagna Marczułajtis-Walczak, Eleonora Meleti, Fernando Navarrete Rojas, Giusi Princi, Dennis Radtke, Liesbet Sommen, Romana Tomc
Renew	Hristo Petrov, Jana Toom, Brigitte van den Berg
S&D	Francisco Assis, Gabriele Bischoff, Vilija Blinkevičiūtė, Estelle Ceulemans, Vivien Costanzo, Johan Danielsson, Marit Maij, Aodhán Ó Ríordáin, Evelyn Regner, Rosa Serrano Sierra, Raffaele Topo
The Left	Li Andersson, Konstantinos Arvanitis, Per Clausen, Kathleen Funchion, João Oliveira
Verts/ALE	Katrin Langensiepen, Maria Ohisalo

6	-
ESN	Christine Anderson, Petar Volgin
PfE	Jaroslav Knot, Margarita de la Pisa Carrión, Pál Szekeres, Séverine Werbrouck

5	0
ECR	Elena Donazzan, Chiara Gemma, Marlena Maląg, Francesco Torselli, Mariateresa Vivaldini

Erklärung der benutzten Zeichen:
+ : dafür
- : dagegen
0 : Enthaltung